



<https://biz.ii/2k2l>

# SPD, WEB UND DIE PARTEI FORDERN BEZAHLBAREN WOHNRAUM FÜR BURGWEDEL

Veröffentlicht am 14.09.2018 um 10:04 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die CDU/FDP-Gruppe im Burgwedeler Rat hat in den vergangenen Tagen Positionen zum Wohnungsbau an die Presse gegeben. Dazu beziehen die Ratsmitglieder der Gruppe aus SPD, WEB und Die Partei jetzt Stellung. Im Folgenden der genaue Wortlaut: "Werfen wir einen Blick auf den Wohnungsmarkt in Burgwedel. Seit 25 Jahren hat es in Burgwedel keinen nennenswerten Geschosswohnungsbau gegeben. Lediglich im Bereich Eigentumswohnungen finden wir Neubauten aus dieser Zeit. Aber auch hier sind die Preise dermaßen in die Höhe geschossen, dass häufig noch nicht einmal der Verkauf eines Einfamilienhauses ausreicht, um 100 Quadratmeter Neubauwohnung zu bezahlen. Zwischen 2011 und 2017 sind 2 und 3-Zimmerwohnungen in Burgwedel um etwa 16 Prozent teurer geworden. Das bedeutet innerhalb von sechs Jahren zum Beispiel für eine 70 qm-Wohnung bei einem Ausgangswert von 7 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete einen Anstieg der Miete von 490 auf 568 Euro im Monat. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Burgwedel ist spürbar. Familien haben große Probleme Wohnungen zu finden, wenn sie aufgrund der Kinder größere Wohnflächen benötigen. Burgwedel schafft mit einer guten Kinderbetreuung und einem attraktiven Schulangebot gute Voraussetzungen für junge Familien, bietet ihnen aber keinen bezahlbaren Wohnraum. Ältere Menschen, die aus ihren großen Wohnungen oder Einfamilienhäusern in kleinere, barrierefreie Wohnungen umziehen möchten, finden keine bezahlbaren Angebote in Burgwedel. Am Beispiel der aktuellen Situation der Bewohnerinnen und Bewohner von Mietwohnungen, die von neuen Eigentümern abgerissen werden sollen, um im höheren Preissegment und verdichtet neu zu bauen, sehen wir einerseits, wie lukrativ Wohnungsbau in Burgwedel ist, andererseits aber auch, wie schwer es für die aktuellen Bewohner ist, bezahlbare Alternativen zu finden. Es besteht die Gefahr, dass Menschen, die seit Jahrzehnten in Burgwedel leben, unsere Stadt verlassen müssen. Burgwedel ist aufgrund der attraktiven Lage für Unternehmen ein Standort, in den viele Menschen einpendeln, um hier zu arbeiten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen würden gerne nach Burgwedel ziehen, können es aber nicht, weil die Mieten zu hoch sind. Burgwedel hat nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung von 2016 den höchsten Altersquotient der Kommunen in der Region Hannover aber keine bezahlbaren Wohnungen für junge Menschen, die hier vor Ort arbeiten. Die Reaktion der CDU/FDP-Gruppe ist: 'Burgwedel soll kleinstädtisch bleiben' und 'In den Ortsteilen werden Baugebiete für den Einfamilienhausbau ausgewiesen, auch in Fuhrberg und Oldhorst sollten weitere Gebiete geprüft werden.' In der Raumentwicklung gibt es seit mindestens 15 Jahren den Grundsatz der "Innenentwicklung vor Außenentwicklung". Das bedeutet, dass Wohnungsbau vor allem in Siedlungsschwerpunkten mit guter Anbindung an Bildungseinrichtungen, Einzelhandel, Dienstleistungen und ÖPNV stattfinden sollte, um eine weitere Zersiedlung zu verhindern und den Menschen eine gute Infrastruktur zu bieten. Die Strategie der CDU, Wohnungsbau in den Ortsteilen voranzutreiben und in Großburgwedel zu verhindern, führt zum gegenteiligen Gegenteil. Schwerpunkt des Wohnungsbaus sollte Großburgwedel mit der Lage an der Autobahn, der direkten Bahnanbindung, der sehr guten Ausstattung mit Schulen, Ärzten, Einzelhandel und Begegnungsstätten sein. Das schließt neue Wohngebiete in den Ortsteilen nicht aus, führt aber zu einer Schwerpunktbildung gerade für den Geschosswohnungsbau in Großburgwedel. Für uns als SPD/WEB/Die Partei-Gruppe in Burgwedel ergeben sich kurz gefasst folgende Forderungen: Nachdem in den Ortschaften aktuell knapp 13ha für den Wohnungsbau ausgewiesen sind, muss in Großburgwedel nun auch der Geschosswohnungsbau gefördert werden. Eine mehrgeschossige Bauweise muss sich selbstverständlich in das Ortsbild einpassen, indem z. B. von innen nach außen die Geschosshöhe langsam von einer auf drei erhöht wird. Die Erschließung von Bauland soll als kommunales Bauland erfolgen. Damit können Investoren bevorzugt werden, die eine Mischung von Sozialwohnungen, günstigem Wohnraum für Singles, Paare oder Familien sowie höherpreisigem Wohnraum anbieten. Barrierefreiheit muss als eine wichtige Voraussetzung für altersgerechtes Wohnen berücksichtigt werden. Ideal ist eine Mischung aus Wohnungen für jüngere und ältere Menschen in einem Wohngebiet. Grundstücke, die aktuell angekauft werden mit dem Ziel, vorhandenen Mietwohnraum abzureißen und durch

Neubauten zu ersetzen, sollen nur dann eine Baurechtsänderung bekommen, wenn auch wieder bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Die Region Hannover sieht in den laufenden Haushaltsberatungen für die Jahre 2019 bis 2021 jährlich 20 Millionen Euro für eine Wohnbauförderung in den Kommunen vor. Es sollen pauschale Beträge je geschaffener Wohnung direkt an die jeweilige Kommune gezahlt werden, die dann dort zur Verfügung stehen. Eine Deckelung ist nicht vorgesehen: Entsteht mehr Wohnraum, soll die Förderung aufgestockt werden. Sie ist gestaffelt je nach Art des Wohnraums. Für Ein- und Zwei-Familienhäuser gibt es pro Wohneinheit einen Zuschuss von 1.500 Euro, für Mehrfamilienhäuser einen Zuschuss von 5.500 Euro. Im sozialen Wohnungsbau gibt die Region Hannover zusätzlich pro Wohnung 3.000 Euro - Voraussetzung ist dann eine Sozialbindung mit einer Mindestlaufzeit von 20 Jahren. Dies ist ein positives Signal der Region an die Städte und Gemeinden, die sich der Verantwortung stellen, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. "Wir begrüßen diesen Vorstoß der Region Hannover sehr und möchten unseren Beitrag für die Burgwedelerinnen und Burgwedeler aber auch für die Region als Ganzes leisten", so Joachim Lücke, Vorsitzender der Gruppe im Rat der Stadt Burgwedel. Die Gruppe SPD/WEB/Die Partei hat in der vergangenen Woche einen Antrag für den Rat der Stadt Burgwedel eingereicht, in dem die Stadt aufgefordert wird, die Möglichkeit der Ausweisung eines Wohngebietes auch mit Geschosswohnungsbau im Gebiet Am Mühlenfelde zu prüfen und dem Rat ein Nutzungskonzept vorzulegen. "Wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, den Wünschen nach bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum gerecht zu werden", erläutert der wohnungspolitische Sprecher der Gruppe, Jochen Rödiger, den Vorstoß.